



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)

**21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung (Wahlperiode 2013 - 2018)**

---

Sitzungstermin:	Dienstag, 17.11.2015
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	19:10 Uhr
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

---

**Anwesende Mitglieder**

**Vorsitz**

Herr Hans-Jürgen Schubert - Bü90/DIEGRÜNEN

**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Herr Dr. Marek Lengen - SPD  
Herr Jochen Mauritz - CDU  
Frau Heidemarie Menorca - CDU  
Frau Kerstin Metzner - SPD  
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU

**stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Herr Dr. Rolf Tetzlaff-Gahrman - Bü90/DIEGRÜNEN  
Herr Paul Friedrichsen - SPD  
Herr Rolf Müller - FDP  
Frau Liane Rüter (ehem. Albrecht) - CDU  
Herr Matthias Bünenfeld - Die PARTEI-PIRATEN  
Herr Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE  
Herr Christoph Otte - SPD  
Herr Olaf Wegner - BfL

Vertretung für:  
Frau Mählenhoff, Silke ab 18:00 Uhr  
Vertretung für: Herrn Zahn, Frank  
Vertretung für: Herrn Rathcke, Thomas  
Vertretung für: Herrn Röttger, Paul-Gerhard

**Verwaltung**

Herr Senator Bernd Möller  
Frau Dr. Olga Koop  
Frau Angela Neitzke  
Herr Ronny Hopp

Fachbereichsleitung  
Fachbereichscontrolling  
Fachbereichscontrolling  
Fachbereichsdienste

Frau Melanie Wöhlk	3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Herr Norbert Siegrist	3.327 - Verkehrsangelegenheiten
Frau Regina Teege	3.340 - Standesamt
Herr Bernd Neumann	3.370 - Feuerwehr
Frau Birgit Hartmann	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Klaus Breitrück	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Rüdiger Mahnkopf	3.820 - Stadtwald
Frau Katharina Belchhaus	5.610 - Stadtplanung
Frau Alice-Yvonne Beyerle	5.610 - Stadtplanung
Frau Stefanie von Klonczynski	5.610 - Stadtplanung
Herr Detlef Radtke	Stadtfirewehrverband
Herr Peter Tengler	Personalrat Feuerwehr

### **Protokollführung**

Herr Maik Schneider-Wendt	Fachbereichsdienste
---------------------------	---------------------

### **Gäste**

Herr Torben Sell - Planungsbüro Claussen-Seggelke	nur im öffentlichen Teil
---	--------------------------

### **Sonstige Personen**

Frau Brigitte Dowideit	nur im öffentlichen Teil
Herr Fries-Pieter Friese - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Klaus-Dieter Zander - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil
Frau Stephanie Göhler	nur im öffentlichen Teil

### **Entschuldigte Mitglieder**

#### **Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN	entschuldigt
Herr Thomas Rathcke - FDP	entschuldigt
Herr Frank Zahn - SPD	entschuldigt

#### **stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Herr Paul Kaitschick - CDU	entschuldigt
Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU	entschuldigt

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 15.09.2015**
- 4. Mitteilungen**
  - 4.1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
    - 4.1.1. Sitzungstermine Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung 2016  
Vorlage: VO/2015/03017
  - 4.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung**
    - 4.2.1. Informationsveranstaltung der IAG für Fachausschussmitglieder der Lübecker Bürgerschaft
    - 4.2.2. Zustimmung des Kabinetts zum neuen Landesnaturschutzgesetz
    - 4.2.3. Zwischenbericht 2/2015 über Veränderungen gegenüber dem Produkthaushaltsplan 2015
    - 4.2.4. Bäderregelung Travemünde
    - 4.2.5. Petition Fischtreppe
  - 4.3. Beantwortung von Anfragen**
  - 4.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft**
- 5. Anträge**
- 6. Vorlagen**
  - 6.1. Haushaltssatzung 2016 mit Stellenplanänderungen 2016  
Vorlage: VO/2015/03069
  - 6.2. Bebauungsplan 04.40.00 - Einsiedelstraße / Roddenkoppel - Satzungsbeschluss  
Vorlage: VO/2015/03097
  - 6.3. Bebauungsplan 32.01.04 Travemünde Strandpromenade Maritim- ehem. Aqua Top - Satzungsbeschluss  
Vorlage: VO/2015/03098
  - 6.4. Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung über EUR 10.000 für das Projekt "Hanse-Obst"  
Vorlage: VO/2015/03107
- 7. Berichte und Antworten**
  - 7.1. Stellungnahme der Hansestadt Lübeck betref. Vereinbarung zur regionalen Entsorgung freigegebener Abfälle aus Kernkraftwerken  
Vorlage: VO/2015/03103

## **8. Neue Anfragen und Verschiedenes**

- 8.1. Anfrage des Mitglieds Dr. Marek Lengen: Landschaftsschutzgebiet Kücknitz  
Vorlage: VO/2015/03133
- 8.2. Anfrage des Mitglieds Silke Mählenhoff - Fischaufstiegsanlage/ Fischtreppe an der Wakenitz  
Vorlage: VO/2015/03136
- 8.3. Anfrage Herr Martens - Transitflüchtlinge
- 8.4. Anfrage Herr Dr. Lengen - Trendsport Slacklining in Grünanlagen (Gefahr für Bäume?)
- 8.5. Anfrage Herr Müller - Polizeieinsätze Erstaufnahmeeinrichtung
- 8.6. Anfrage Herr Müller - Verwüstungen von Wildschweinen im Außenbereich

### Nichtöffentlicher Teil:

## **9. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 15.09.2015**

## **10. Mitteilungen**

## **11. Vorlagen**

## **12. Berichte und Antworten**

## **13. Neue Anfragen und Verschiedenes**

- 13.1. Anfrage Herr Wegner - Kleinkläranlage Kronsforde
- 13.2. Verschiedenes Herr Möller - Erstaufnahmeeinrichtung Volksfestplatz

### Öffentlicher Teil:

## **14. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

## zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Schubert eröffnet die 21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Herr Schubert stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Büenfeld beantragt die Aufnahme eines TOP zum Thema „Aktuelle Polizeisituation und Flüchtlingslage“, da ein Vertreter der Polizeigewerkschaft anwesend sei.

Herr Möller macht darauf aufmerksam, dass in der nächsten Sitzung der Polizeibeirat tage und dieses Thema da besser angesiedelt sei.

Herr Schubert lässt über die Aufnahme des TOP abstimmen.

Der Ausschuss lehnt die Aufnahme des TOP bei 1 - Jastimme, 12 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen mehrheitlich ab.

Herr Schubert beantragt das Vorziehen der TOP 6.2, 6.3 und 4.2.4 mit Rücksicht auf die dazu eingeladenen Gäste.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 13 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Herr Schubert beantragt die nichtöffentliche Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 13 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung bei 13 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

## zu 3 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 15.09.2015

Zum TOP 3.1.1 merkt Herr Friedrichsen an, dass es nicht nur zwei große Auffangstationen in Schleswig-Holstein geben könne, sondern viel mehr seien.

Frau Menorca macht darauf aufmerksam, dass die Niederschrift Stand 15.09.2015 sei und sich die Lage durchaus zu diesem Zeitpunkt so dargestellt haben könne.

Laut Herrn Büenfeld müsse im Kontext der Aussage sich hier nur auf den Raum Lübeck und Ostholstein bezogen worden sein.

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei 13 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

## **zu 4      Mitteilungen**

### **zu 4.1      Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

#### **zu 4.1.1      Sitzungstermine Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung 2016 Vorlage: VO/2015/03017**

Dem Vorschlag von Frau Menorca, den Sitzungstermin 20.12.2016 aufgrund der Vorweihnachtszeit als Reservetermin vorzuhalten, stimmt der Ausschuss einstimmig zu.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 4.2      Mitteilungen der Fachbereichsleitung**

#### **zu 4.2.1      Informationsveranstaltung der IAG für Fachausschussmitglieder der Lübecker Bürgerschaft**

Herr Möller teilt mit, dass die neue Geschäftsführung der IAG Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH angeboten habe, eine Informationsveranstaltung für Fachausschussmitglieder der Lübecker Bürgerschaft durchzuführen. Dies könne für April 2016 organisiert werden. Die Anfahrt müsse aber in eigener Zuständigkeit geregelt werden. Des Weiteren werde es seitens der IAG begrüßt, wenn vorher evtl. Fragen eingereicht würden.

Der Ausschuss begrüßt das Angebot und bittet um einen Terminvorschlag unter Berücksichtigung anderer Ausschusssitzungen. Außerdem solle nachgefragt werden, wie viele Teilnehmer maximal an der Informationsveranstaltung teilnehmen könnten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 4.2.2      Zustimmung des Kabinetts zum neuen Landesnaturschutzgesetz**

Frau Hartmann teilt mit, dass die Kernpunkte des Gesetzentwurfes weiterhin ein Vorkaufsrecht des Landes für ökologisch besonders wertvolle Naturflächen, eine Erhöhung der miteinander zu verbindenden Vorrangflächen für Natur auf 15 Prozent und ein erweiterter Schutz der Biotope seien. Außerdem werde das Betretungsrecht dem bundesweiten Standard angepasst. Der Gesetzentwurf sehe auch Änderungen im Landeswaldgesetz sowie im Landesjagdgesetz und in mehreren Verordnungen vor. So solle das Anlocken und Füttern von Wölfen verboten werden. Mit einer Änderung des Landeswaldgesetzes solle zudem die Errichtung von Windenergieanlagen in Wäldern untersagt werden. Die gesetzliche Ausweisung von neuen Naturwaldflächen werte die Wälder als ökologische Reservoir aus. Auch dürften Vereine ihre Grundstücke von der Jagd befreien lassen. Künftig sollen in Schleswig-Holstein neben Einzelpersonen auch rechtsfähige Vereine und Stiftungen das Recht erhalten, ihnen gehörende Grundstücke aus ethischen Gründen zum befriedeten Bezirk erklären zu lassen. Sie könnten die Jagd auf ihren Grundstücken aus ethischen Gründen ausschließen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 4.2.3 Zwischenbericht 2/2015 über Veränderungen gegenüber dem Produkthaushaltsplan 2015**

Frau Dr. Koop berichtet, dass zu den zum 1. Zwischenbericht 2015 gemeldeten Veränderungen (siehe dazu die Niederschrift vom 16.09.15) vom Produkt Naturschutz und Landschaftspflege gemeldet worden sei, dass es Verzögerungen bei der Erstellung des thematischen Landschaftsplans "Biologische Vielfalt" gebe. Gründe dazu seien der erhebliche Personalaufwand für die Umsetzung der Bürgerschaftsbeschlüsse zu Konzepten "Lübeck 2030" und "Essbare Stadt". Außerdem sei Personal für das Ausführen der gesetzlichen Leistung "Aufgaben im Naturschutz" abgezogen worden.

Der 2. Zwischenbericht 2015 könne in Allris unter VO/2015/03034 eingesehen werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 4.2.4 Bäderregelung Travemünde (vorgezogen)**

Frau Wöhlk teilt mit, dass aufgrund des Wunsches des Einzelhandels die zurzeit gültigen Öffnungszeiten an Sonntagen von 12 bis 18 Uhr per Allgemeinverfügung ab dem nächsten Jahr auf 11 bis 17 Uhr festgesetzt würden. Die Frage von Herrn Dr. Lengen ob die Änderung auch Auswirkungen auf die Öffnungszeiten an verkaufsoffenen Sonntagen in der Innenstadt habe, verneint Frau Wöhlk.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 4.2.5 Petition Fischtreppe**

Herr Möller gibt bekannt, dass ihm am heutigen Tag eine Petition zum Erhalt der Wasserqualität im Krähenteich vom 1. Vorsitzenden des Förderverein Altstadtbad Krähenteich e. V. überreicht worden sei. Der Verein sehe durch den Bau einer Fischtreppe die Wasserqualität als gefährdet an. Herr Möller selbst könne diese Sorgen nicht verstehen, zumal die Bereiche Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz sowie die Lübeck Port Authority von einer Verbesserung der Wasserqualität durch den Bau einer Fischtreppe ausgingen. Am 10.12.2015 finde dazu in der Aula der Volkshochschule um 19 Uhr eine Informationsveranstaltung statt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 4.3 Beantwortung von Anfragen**

Es liegt nichts vor.

### **zu 4.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft**

Es liegt nichts vor.

### **zu 5 Anträge**

Es liegt nichts vor.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnisplan und dem Finanzplan incl. der investiven Ein- und Auszahlungen und Finanzierungstätigkeiten wird mit den Veränderungen lt. **Anlage 1** - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Ergebnisplan– **Spalte 11**

**Anlage 2a** - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Finanzplan/Investitions- und Finanzierungstätigkeiten- **Spalte 10** -

beschlossen.

- 1a. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den Maßnahmenlisten der Fachbereiche (**Anlage 4**) werden zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2016 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.
2. Die Durchführungsbestimmungen (DB) zur Haushaltssatzung werden in der als **Anlage 0** beigefügten Fassung festgesetzt.
3. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom ..... und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 wird

- |    |  |                   |     |
|----|--|-------------------|-----|
| 1. | im Ergebnisplan mit  |                   |     |
|    | einem Gesamtbetrag der <b>Erträge</b> auf                                  | 737.759.900       | EUR |
|    | einem Gesamtbetrag der <b>Aufwendungen</b> auf                             | 805.294.700       | EUR |
|    | einen Jahresüberschuss von   |                   |     |
|    | einen <b>Jahresfehlbetrag</b> von  | <b>67.534.800</b> | EUR |
| 2. | im Finanzplan mit  |                   |     |
|    | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 725.897.200       | EUR |
|    | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 785.072.400       | EUR |

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus 65.286.400 EUR  
**Investitionstätigkeit** und der Finanzierungstätigkeit auf

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus 99.195.200 EUR  
**Investitionstätigkeit** und der Finanzierungstätigkeit auf

festgesetzt.

**(Stand: 10.11.2015)**

## § 2

Es werden festgesetzt:

- |   |             |                                |
|---|-------------|--------------------------------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 33.768.200  | EUR                            |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf                              | 31.835.000  | EUR                            |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf   | 450.000.000 | EUR                            |
| 4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf                        | 3.276,65    | <b>Stand:<br/>11/201<br/>5</b> |

## § 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

- |    |   |       |
|----|---|-------|
| 1. | Grundsteuer   |       |
|    | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 400 % |
|    | b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)                              | 500 % |
| 2. | Gewerbsteuer  | 450 % |

## § 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt **250.000 EUR**. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

## § 5

Für die Wirtschaftspläne der **städt. SeniorInneneinrichtungen** werden festgesetzt:

		<b>2016/EUR</b>
1. im Erfolgsplan	die Erträge auf	23.902.400
	die Aufwendungen auf	26.072.900
	der Jahresverlust auf	<b>2.170.500</b>

.2 im Vermögensplan	die Einzahlungen auf	264.000
	die Auszahlungen auf	264.000
3.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0
4.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0
5.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	3.475.000

## § 6

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2016 auf **50 Mio. EUR** festgesetzt.

---

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am ..... erteilt.

**(Ende des Satzungstextes)**

### 4. Stellenplan

Der Stellenplan 2015 (3.205,06 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2016 um die sich aus den **Anlagen 5a und 5b** ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016** festgesetzt (3.276,65 Planstellen).

Herr Möller stellt den Haushalt 2016 für den Fachbereich 3 anhand einer Präsentation näher dar.<sup>1</sup> Dabei geht er auf die Nachmeldungen ein, die aufgrund höherer Personal- und Sachkosten durch die Flüchtlingslage, des erhöhten Ausgleichsbedarfs der Staffeltarife 2012 und der Anpassung der internen Leistungsabrechnung notwendig wären. Weiterführend geht Herr Möller auf die nicht einvernehmlichen Kürzungen im Investitionshaushalt und die damit verbundene Kürzung bei der Fahrzeugbeschaffung bei der Berufsfeuerwehr und den Freiwilligen Feuerwehren ein. Hierzu werde in einer der nächsten Sitzungen, gemeinsam mit dem Wirtschaftlichkeitsgutachten der Berufsfeuerwehr gesondert berichtet. Um einen einheitlichen Sachstand der Gremien in den beiden Städten zu gewährleisten, sei eine Behandlung für Anfang des nächsten Jahres vorgesehen. Zum Thema sprechen die Damen Menorca, Metzner sowie die Herren Radtke, Neumann und Müller. Die Fragestellung von Herrn Müller, ob und wann die Feuerwehr aufgrund der Fahrzeugsituation nicht mehr voll leistungsfähig sei, könne nach Aussage von Herrn Möller dann in der angekündigten Sitzung mitbehandelt werden.

Die Frage von Frau Wind-Olbon, ob es sich aufgrund der Flüchtlingslage um befristete Stellen handle beantwortet Herr Möller insoweit, dass die Stellen weitestgehend intern besetzt würden. Zusätzlich kündigt er ca. 835.000,00 € an weiteren Nachmeldungen für die Vorhaltung und den Betrieb einer Notunterkunft für Transitflüchtlinge an. Fragen von Frau Menorca (Aufnahmedauer, Registrierung) und Herrn Wegner (Kapazitäten) beantwortet Herr Möller.

Herr Friedrichsen bezieht sich auf die Reduzierung der Sicherheitswachen und einen Rückgang der brandschutztechnischen Stellungnahmen um ca. 50% und fragt nach den Gründen. Herr Hopp antwortet, dass die Reduzierung der Sicherheitswachen auf eine geringere Anzahl von Veranstaltungen und der Rückgang der Stellungnahmen auf eine Anpassung an die Ist-Zahlen zurückzuführen seien.

---

<sup>1</sup> Anlage 1 Die Anlagen zur Niederschrift sind im Ratsinformationssystem abrufbar.

Die Frage von Frau Metzner, ob durch die Beschaffung von Kassenautomaten ein bargeldloser Zahlungsverkehr mit EC-Karten möglich sei, bejaht Herr Möller.

Frau Metzner beantragt, die Vorlage ohne Votum zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Schubert lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage bei 13 - Ja-Stimmen, 0 - Nein-Stimmen und 0 - Stimmenthaltungen ohne Votum zur Kenntnis.

## **zu 6.2    Bebauungsplan 04.40.00 - Einsiedelstraße / Roddenkoppel - Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2015/03097 (vorgezogen)**

### **Beschlussvorschlag:**

1. *Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie die nach der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie die während der eingeschränkten Beteiligung nach § 4a Abs. 3 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 04.40.00 - Einsiedelstraße / Roddenkoppel - abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt.*

*Die Berichte zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der vorgenannten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen werden in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.*

*Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.*

2. *Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 04.40.00 - Einsiedelstraße / Roddenkoppel - in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.*

*Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.*

3. *Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft nach § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.*

Herr Schubert beantragt die Vertagung der Vorlagen 6.2 und 6.3, da wegen der Versendung nach dem Ladungstermin nicht alle Ausschussmitglieder die Vorlagen bis zur Sitzung haben lesen können.

Frau Belchhaus macht auf eine gewisse Dringlichkeit der Vorlagen (TOP 6.2 und 6.3) aufmerksam und spricht sich dafür aus, die Vorlagen zu behandeln.

Der Ausschuss lehnt die Vertagung bei 3 - Jastimmen, 6 - Neinstimmen und 4 - Stimmenthaltungen mehrheitlich ab.

Auf Nachfrage von Herrn Martens über den Schwerpunkt der Vorlage antwortet Frau Belchhaus, dass es hauptsächlich um die Anpassung an die Anforderungen des Lärmschutzes und eine Verlagerung der abfallwirtschaftlichen Nutzung an periphere Standorte gehe.

*Herr Mauritz verlässt aus einem dringenden Grund gegen 16:17 Uhr die Sitzung.*

Herr Schubert lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 9 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 3 - Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 6.3      Bebauungsplan 32.01.04 Travemünde Strandpromenade Maritim- ehem. Aqua Top - Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: VO/2015/03098 (vorgezogen)**

***Beschlussvorschlag:***

1. *Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie die nach der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie die während der eingeschränkten Beteiligung nach § 4a Abs. 3 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 32.01.04 Travemünde Strandpromenade Maritim -ehem. Aqua Top– abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt.*

*Die Berichte zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der vorgenannten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen werden in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.*

*Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.*

2. *Auf Grund des §§ 10 Abs. 1 und 172 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 32.01.04 Travemünde Strandpromenade – Maritim ehem. Aqua Top– in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.*

*Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.*

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft nach § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

*Herr Mauritz nimmt ab 16:20 Uhr wieder an der Sitzung teil.*

Fragen der Herren Müller und Bünfeld zu den Ausgleichsmaßnahmen und dem Zeitraum der Auslegung beantworteten Herr Sell und Frau Beyerle.

Herr Schubert lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 9 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 4 - Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 6.4 Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung über EUR 10.000 für das Projekt "Hanse-Obst"  
Vorlage: VO/2015/03107**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Geldspende der Possehl-Stiftung über EUR 10.000 für das Projekt „Hanse-Obst“ wird angenommen.*

Herr Schubert lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 13 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

*Herr Dr. Tetzlaff-Gahrmann nimmt ab 18:00 Uhr an der Sitzung teil.*

**zu 7 Berichte und Antworten**

**zu 7.1 Stellungnahme der Hansestadt Lübeck betref. Vereinbarung zur regionalen Entsorgung freigegebener Abfälle aus Kernkraftwerken  
Vorlage: VO/2015/03103**

Herr Dr. Lengen erinnert an den von der SPD-Fraktion in der vorangegangenen Sitzung eingereichten Fragenkatalog. Herr Möller merkt an, dass der Fragenkatalog selbstverständlich zu gegebener Zeit abgearbeitet werde. Momentan seien die Unterlagen vom Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR) noch nicht aussagekräftig. Deshalb seien dort ja auch Fragestellungen eingereicht worden.

Laut Frau Wind-Olßen solle die Stellungnahme vorerst zur Kenntnis genommen und abgewartet werden, wie das Land sich verhalte. Dann könne man auch die Fragen der SPD-Fraktion beantworten. Frau Metzner ergänzt, dass die anderen Fraktionen ebenfalls noch Fragen zur Abarbeitung einreichen könnten.

Herr Dr. Tetzlaff-Gahrmann merkt an, dass bei diesem Thema auch das Gesundheitsamt gefragt sei und wenn dieses wieder beraten werde, an der Sitzung teilzunehmen habe.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## zu 8 Neue Anfragen und Verschiedenes

### zu 8.1 Anfrage des Mitglieds Dr. Marek Lengen: Landschaftsschutzgebiet Kücknitz Vorlage: VO/2015/03133

*Welche Möglichkeiten gibt es, ein Stück (2625 m<sup>2</sup>; Streifen von ca. 40 m x 70 m) aus dem Landschaftsschutzgebiet zu entlassen? Konkret geht es um den Wunsch einer Erweiterung einer Gewerbefläche (Einzelhandel) am Standort REWE in Kücknitz.*

Frau Hartmann verliest die Antwort.<sup>2</sup>

Herr Dr. Lengen fragt nach, ob grundsätzlich ein Landschaftsschutzgebiet zurückgenommen werden könne. Laut Herrn Breitrück könne natürlich ein Landschaftsschutzgebiet verändert werden, wenn bei einer Abwägung die Belange des Naturschutzes hinter dem Vorhaben zurückstehen würden. Im vorliegenden Fall wäre eine Teilentlassung nicht vertretbar. Des Weiteren handle es sich beim Naturschutz nicht um eine Selbstverwaltungsaufgabe, sondern um eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung. Diese sei beim Bürgermeister angesiedelt.

Es sprechen die Damen Rütter, Wind-Olßon und Metzner.

Herr Clement fragt nach, ob sich der Bürgermeister über die Fachentscheidung hinwegsetzen könne. Herr Breitrück antwortet, dass der Bürgermeister Dienstherr sowie Behörde, und somit an Recht und Gesetz gebunden sei.

*Herr Schubert beantragt das Anhörungsrecht für Frau Dowideit als sachkundige Bürgerin, welches der Ausschuss bei 6-Jastimmen, 4-Neinstimmen und 3-Stimmenthaltungen mehrheitlich beschließt.*

*Laut Frau Dowideit könne die Oberste Dienstbehörde eingeschaltet werden, sobald sich der Bürgermeister kontrovers verhalte. Auch hätten die Vereine und Verbände Klagerecht.*

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### zu 8.2 Anfrage des Mitglieds Silke Mählenhoff - Fischaufstiegsanlage/ Fischtreppe an der Wakenitz Vorlage: VO/2015/03136

Dem Ausschuss liegen die Antworten als Tischvorlage vor.<sup>3</sup>

Frau Menorca beantragt die Vertagung, da die Fragestellerin nicht anwesend ist.

Der Ausschuss stimmt der Vertagung bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Es meldet sich Frau Göhler zu Wort und merkt an, dass sie im Auftrag von Frau Mählenhoff der Sitzung beiwohne, um sich zu diesem Punkt zu äußern. Herr Mauritz weist Frau Göhler darauf hin, dass sie kein gewähltes Mitglied des Ausschusses sei. Außerdem sei der Punkt gerade vertagt und somit die Behandlung abgeschlossen worden.

---

<sup>2</sup> Anlage 2

<sup>3</sup> Anlage 3

### **zu 8.3 Anfrage Herr Martens - Transitflüchtlinge**

Herr Martens fragt nach, ob zurzeit Transitflüchtlinge, die keine gültigen Ausweisdokumente besäßen, am Skandinavienkai festsäßen. Herr Möller antwortet, dass dies nicht der Fall sei. Seitens der Walli steuere man die Ströme der Transitflüchtlinge so, dass nur Personen mit gültigen Ausweisdokumenten und Fährtickets zum Skandinavienkai gebracht würden. Personen die sich zum Zeitpunkt der Einführung der schwedischen Grenzkontrollen vor Ort befunden hätten, seien entweder zur Walli zurückgekehrt oder hätten sich eigenständig abgesetzt. Als Stadt habe man sich auf einen evtl. Rückstau von Transitflüchtlingen vorbereitet, bis jetzt sei dieser Fall noch nicht eingetreten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 8.4 Anfrage Herr Dr. Lengen - Trendsport Slacklining in Grünanlagen (Gefahr für Bäume?)**

1. *Wird die Trendsportart Slacking in Lübecks Grünanlagen von der Verwaltung aktuell als Problem angesehen und ggf. Maßnahmen getroffen?*
2. *Reichen aktuelle Bestimmungen (z.B. Baumschutzsatzung) aus oder muss es Anpassungen geben?*

Herr Mahnkopf merkt zur Anfrage an, dass die Sportart beim Walderlebnistag auch angeboten werde. Dabei werde aber sehr sorgsam vorgegangen. Die ausgewählten Bäume hätten eine gewisse Dicke und die Rinde sei dementsprechend stark ausgeprägt. Des Weiteren würden Matten um die Stämme gewickelt und danach erst das Seil angebracht. Bei sachgerechter Anwendung entstünden keine Schäden an den Bäumen.

Herr Möller sagt zu, die Anfrage an den Bereich Stadtgrün und Verkehr weiterzuleiten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 8.5 Anfrage Herr Müller - Polizeieinsätze Erstaufnahmeeinrichtung**

Herr Müller möchte zur nächsten Sitzung mit dem Polizeibeirat gern dargelegt bekommen, zu wie vielen Einsätzen und aus welchen Gründen die Polizei in die EAE Volksfestplatz gerufen worden sei.

### **zu 8.6 Anfrage Herr Müller - Verwüstungen von Wildschweinen im Außenbereich**

Herr Müller möchte zur nächsten Sitzung gern wissen, was und von wem etwas gegen die Verwüstungen von Wildschweinen im Außenbereich unternommen werde.

*Herr Schubert stellt gemäß Beschlussfassung (TOP 2) um 18:50 Uhr einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung her.*

Öffentlicher Teil:

**zu 14 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Herr Schubert stellt gegen 19:08 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil kein Beschluss gefasst worden sei. Herr Schubert schließt die Sitzung um 19:10 Uhr.

Lübeck, den 24. November 2015

Hans-Jürgen Schubert  
Vorsitzender

Maik Schneider-Wendt  
Protokollführung